

## **Nicht erst Gras über die Sache wachsen lassen!**

Erstes Online-Fachgespräch zum Thema Cannabis in Berlin stattgefunden

Cannabis ist weit verbreitet, aktuelle Zahlen wie z.B. die ESA-Studie Berlin zeigen dies wiederholt auch für Berlin. Jugendliche, Eltern und Pädagog\*innen beschreiben, dass die Thematik Cannabiskonsum für sie alltäglich ist – daher müssen wir uns nachhaltig dafür einsetzen, dass auch die kritische Auseinandersetzung mit Cannabis einen Platz im Alltag bekommt: in der Schule, in der Jugendfreizeit, im Gespräch mit Eltern, im Kollegium. Auch COVID-19 beeinflusst die Situation und aktuell scheint es, als würden Jugendliche aufgrund der zusätzlichen Belastungen mehr Cannabis konsumieren.

Um einen kontinuierlichen Dialog und eine sachliche Debatte zu befördern, hat die Fachstelle für Suchtprävention Berlin in diesem Jahr ein Fachgespräch wieder ein zum Thema Cannabis veranstaltet – angesichts der Situation rund um COVID-19 wurde das Fachgespräch am 21. September 2020 erstmals als Online-Konferenz durchgeführt.

Nach der Begrüßung von Kerstin Jüngling, Geschäftsführerin der Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH, und einem Grußwort von Christine Köhler-Azara, Drogenbeauftragte des Landes Berlin, waren zuerst die Teilnehmenden gefragt: sie wurden um ihre Einschätzung gebeten, bspw. ob die Mehrheit der Jugendlichen in Berlin kifft oder ob Erwachsene Einfluss auf den Cannabiskonsum von Jugendlichen haben. Im Folgenden gaben Fachvorträge einen tieferen Einblick in die aktuelle Situation in Berlin: so zeigte zunächst Olaf Schremm, Dezernat Rauschgiftkriminalität des Landeskriminalamtes Berlin, zeigte, dass aktuell 60% aller Rauschgiftdelikte Cannabis betreffen. Weiterhin verdeutlichte er, wie sich die rechtliche Situation bzgl. der sogenannten geringen Menge von Cannabis, der großen Anzahl an CBD-Produkten und der synthetischen Cannabinoide aktuell darstellt.

Tina Hofmann, Fachstelle für Suchtprävention Berlin, stellte aktuelle Daten und Fakten sowie Herausforderungen, die sich neben dem „herkömmlichen“ Cannabiskonsum auch durch CBD-Produkte sowie synthetische Cannabinoide darstellen, vor, und gab Empfehlungen aus Sicht der Suchtprävention.

In Kleingruppen konnten sich die Teilnehmenden – nicht nur aus Berlin sondern auch aus anderen Bundesländern sowie aus Österreich, der Schweiz und Süd-Tirol – zu verschiedenen Schwerpunktthemen austauschen:

- Wie Cannabisprävention für schwer erreichbare Jugendliche erfolgreich umgesetzt werden kann,
- wie sie in Schule, Jugendarbeit oder Freizeitsport gelingt, wie Jugendliche zu diesem Thema über digitale Wege erreicht werden können und
- wie bei problematischem Konsum eine Frühintervention im familiären Umfeld und eine gute Vermittlung ins Hilfesystem erfolgen kann.

Anke Schmidt, Fachstelle für Suchtprävention Berlin, gab einen Überblick über Regulierungsmodelle anderer Länder und deren Vor- und Nachteile aus Sicht der Prävention. Sie zeigte auf, inwiefern der nationale Aktionsplan Drogen und Sucht mit seinen Zielsetzungen eine Basis für den innovativen Schritt eines Regulierungsversuchs bzgl. Cannabis für Erwachsene bietet.

Abschließend wurde mit den gesundheitspolitischen Sprecher\*innen der Regierungsfractionen des Berliner Abgeordnetenhauses diskutiert, wo sie aktuell die Schwerpunkte der Berliner Cannabispolitik sehen. Die Statements sowie die anschließende Diskussion machten deutlich, dass angesichts der nach wie vor bestehenden Stolpersteine des aktuellen Umgangs mit Cannabis Handlungsbedarf besteht. Die Sprecher\*innen der Regierungsfractionen betonten, dass Sie sich stark machen für Prävention und neue innovative Schritte, wie z.B. den Antrag für ein Regulierungs-Modellprojekt oder das Projekt „Drugchecking“, um hier an die Realität anzuknüpfen. Es gelte insbesondere die jungen Jugendlichen zu schützen und eine offene und kritische Reflexion in Zusammenarbeit mit Fachpersonen zu ermöglichen. Das Fachgespräch hat einmal mehr die Wichtigkeit eines kontinuierlichen Dialogs – sachlich und zielgruppenorientiert – gezeigt. Bewährtes sollte weiter bekannt gemacht und fortgeführt werden und gleichzeitig neue Wege erprobt werden, damit Berlin dynamisch auf die aktuellen Bedarfe reagieren kann.